

Noch warten alle auf das Geld vom Staat

Finanzielle Probleme nach Aufnahme Tausende Menschen aus der Ukraine hat die Schweiz aufgenommen, viele von ihnen leben bei privaten Gastgebern. Finanziell ist das weder für Geflüchtete noch Gastfamilien leicht zu meistern.

Hans Brandt

Grosszügigkeit ist zwar selbstverständlich. Aber die Frage nach dem Geld steht dennoch im Raum. «Mir wurde vom Zürcher Bundesasylzentrum gesagt, dass ich nichts ausgeben müsste, wenn ich Geflüchtete aus der Ukraine aufnehme», erzählt ein Gastgeber aus dem Kanton Zürich. Er habe daraufhin drei Frauen bei sich aufgenommen. Aber finanzielle Hilfe habe er noch nicht erhalten. Auch seine Gäste würden ohne ihn finanziell kaum über die Runden kommen. Die Zahlungen, die für sie in Aussicht gestellt wurden, seien bisher noch nicht geflossen.

Ähnliches berichten andere Schweizer Familien, die ihre Häuser und Wohnungen für nicht selten traumatisierte Menschen aus der Ukraine geöffnet haben. Auch Peter Meier, Leiter Politik und Medien der Schweizer Flüchtlingshilfe, sagt, dass ihm bisher weder Gastfamilien noch Geflüchtete bekannt seien, die Zuwendungen vom Staat erhalten hätten.

Grosse Unterschiede

Vier Wochen nach Beginn des Krieges, zwei Wochen seit der Aktivierung des S-Status für Schutzbedürftige, läuft die Registrierung der Ankommenden inzwischen ganz gut. Die Vergabe des S-Status dauert meist nur wenige Tage – auch wenn der S-Ausweis selbst mehrere Wochen auf sich warten lässt. Aber nach diesen ersten Schritten, für die das Bundesamt für Migration SEM zuständig ist, werden die Geflüchteten an die Kantone und Gemeinden weitergeleitet. Und dort harzt es. «Es ist logisch, dass die Behörden überfordert sind, dafür habe ich Verständnis», sagt der Gastgeber aus dem Kanton Zürich. «Aber ich kann das nicht ewig bezahlen.»

Grundsätzliche Regeln für die Finanzierung der Geflüchteten aus der Ukraine hat der Bund schon erlassen: Sie werden behandelt wie vorläufig aufgenommene Personen im regulären



Asylsystem. «Der Bund zahlt den Kantonen monatlich eine Globalpauschale von 1500 Franken pro Kopf», sagt Gaby Szöllösy, Generalsekretärin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK). «Die Kantone entscheiden selbst gemäss ihrer Gesetzgebung, wie sie die Pauschalen einsetzen», betont Szöllösy.

Die Höhe der Hilfe, die Geflüchtete direkt erhalten, hängt von zahlreichen Faktoren ab, die sich von Kanton zu Kanton, teilweise auch von Gemeinde zu Gemeinde, unterscheiden. Die Vermögensverhältnisse der Ukrainerinnen und Ukrainer spielen eine Rolle, oder die Art ihrer Unterbringung: In Sammelunter-

künften mit Verpflegung erhalten die Menschen kaum mehr als ein Taschengeld. Und für Menschen, die bei Gastfamilien wohnen, kann es einen Unterschied machen, ob sie einen Untermietvertrag mit den Gastgebern abgeschlossen haben.

Für die Gastfamilien selbst ist vonseiten des Bundes eigentlich keine Hilfe vorgesehen – aber sie wird trotzdem von vielen Kantonen gewährt. Der Kanton Wallis zahlt Gastgebern 150 Franken pro Monat und untergebrachter Person. In Basel-Stadt werden 250 Franken pro Haushalt gewährt, nicht pro Person. In Baselland sind 100 Franken pro Gast vorgesehen, aber nur, wenn diese Person Sozialhilfe erhält.

«Wir überlassen den Entscheid in dieser Frage den 162 Zürcher Gemeinden, die damit verantwortungsvoll umgehen werden, davon bin ich überzeugt», sagt der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr, der auch für das Sozialamt zuständig ist. Der Kanton leite im Übrigen die gesamte Pauschale des Bundes für Flüchtlinge, nach Abzug der Gelder für die Krankenkasse, an die Gemeinden weiter.

Noch ein Behördengang

Der Kanton Bern teilt mit, dass er eine solche Unterstützung «im Grundsatz» befürwortet: «Konkrete Ansätze für die Entschädigung der Gastfamilien sind in Arbeit.»

Soll die Hilfe fliessen, ist meistens eine Anmeldung beim Sozialamt der Gemeinde notwendig. Im Kanton Bern sind sogenannte regionale Partner dafür zuständig, also beispielsweise das Schweizerische Rote Kreuz im Berner Mittelland. Noch ein Behördengang, auf dem Schweizer Gastgeberinnen die Geflüchteten begleiten müssen.

«Da können durchaus Tränen fliessen», erzählt ein Gastgeber. Immer wieder müssten die Menschen ihre Unterlagen vorzeigen, immer wieder kämen die persönlichen Fragen, immer wieder die Probleme mit der Sprache. Bis die Sozialhilfe dann bewilligt ist, dauert es auch noch einige Zeit.

Geld auf die Hand gibt es allerdings kaum. Denn es muss ein Schweizer Konto vorhanden sein, auf das die Hilfe überwiesen werden kann.

Mit dem S-Status ist es zwar grundsätzlich möglich, ein Konto zu eröffnen. Aber gratis ist das auch nicht. «Die Raiffeisenbank war sehr freundlich», erzählt ein Gastgeber aus Baselland. Die Daten der Geflüchteten wurden aufgenommen. Aber für jedes Konto müssen 100 Franken bezahlt werden: 60 für die Kontoführung, 40 für die Bankkarte. Der Gastgeber muss nun mehrere Hundert Franken vorschiesen, damit seine Gäste überhaupt Zuwendungen vom Staat erhalten können.

Selenski-Bashing und Roger Köppel: Was auf Putins Sendern läuft

Propaganda-Kanal Der Bundesrat sieht von einem Verbot von Russia Today ab. Was läuft auf dem Kanal eigentlich?

Ausgesprochen betulich wirkt das Programm von RT. Nicht wie etwas, das den Schweizer Bundesrat zu einer Sondersitzung zwingt. Doch genau dies war gestern der Fall. Während die Schweizer Regierung ein Verbot des Kanals erörtert, läuft eine Dokumentation über einen Russen, der Kosmonaut werden will, was dessen Frau ziemlich Sorgen bereitet. Nach dem Happy End folgt eine heldenhafte Geschichte über Eistaucher, die sich auf neue Rekorde vorbereiten.

Man könnte meinen, die Senderverantwortlichen wollten durch demonstrative Harmlosigkeit einen Bann abwenden.

Doch RT, früher Russia Today, hat auch eine andere Seite. Jene Seite, welche die EU dazu brachte, dessen Programm als «giftige und schädliche Desinformationen» zu taxieren.

Dazu passen die prominentesten Schlagzeilen auf der deutschsprachigen RT-Webseite, während der Bundesrat tagt: «Flüchtende aus Mariupol: Das muss die ganze Welt wissen – ukrainische Soldaten schiessen auf Kinder» sowie «Zahlung in Rubel: Kurs steigt, während der Westen über eigene Sanktionen stolpert».

Ausgewogenheit kein Thema

Der Bundesrat teilt die EU-Einschätzung, dass es sich um Propaganda und Desinformation handelt. Doch es gab in Bern Meinungsverschiedenheiten, was der richtige Weg zur Bekämpfung sei. Schliesslich hat sich die Regierung anders als die EU gegen ein Verbot von RT und dem inhaltlich ähnlichen Kanal Sputnik entschieden. Ausser Verteidigungsministerin Viola Amherd und Medienministerin Simonet-

«Das muss die ganze Welt wissen – ukrainische Soldaten schiessen auf Kinder.»

ta Sommaruga habe sich niemand dafür starkgemacht, heisst es. Das Gremium hält es für wirkungsvoller, unwarhen Äusserungen mit Fakten zu begegnen.

RT-Chefredaktorin Margarita Simonjan, die den russischen Präsidenten ihren «Vorgesetzten» nennt, sieht ihren Sender als eine Art «Verteidigungsministerium». Die aktuellen «Top-Artikel» zeugen davon: «Ukraine vergleicht sich mit Nazideutschland» oder «Ukraine-Teilung»

Polen will ein Stück vom Kuchen». Simonjan, die persönlich von der Schweiz sanktioniert wurde, macht kein Geheimnis daraus, dass RT einen «Informationskrieg» führt – und zwar «gegen die gesamte westliche Welt».

Auch auf die Schweiz wird häufig Bezug genommen – derzeit etwa im Artikel «Berge von Leichen russischer Soldaten: Die Welt des Wladimir Selenskij». Darin wird zuerst darüber spekuliert, dass sich der ukrainische Präsident gar nicht in Kiew aufhalte, und der «Realitätsbezug seiner Botschaften» wird angezweifelt. Am Schluss des Textes steht, «der Kriegspräsident» habe sich «mit einer Videobotschaft an das Schweizer Parlament gewandt – und auch dort Applaus und Ovationen geerntet». Doch es gab keine solche Botschaft an National- oder Ständerat.

RT empfängt auch immer wieder Gäste aus der Schweiz, darunter den Zürcher SVP-Nationalrat Roger Köppel. Der mit Kreml-Millionen finanzierte Sender räumt Politikern und Politikern viel Platz ein, die demokratische westliche Regierungen harsch kritisieren und bisweilen autokratische Machthaber loben. Köppel ist hier keine Ausnahme. In einer Sendung vom Juni 2021 sagte der «Weltwoche»-Chef, Wladimir Putin habe Russland Stabilität gebracht. Er sei der letzte Realist in Europa.

Zweifel an der Impfung

Gastgeber Köppels war Thomas Fasbender, deutscher Journalist mit eigener RT-Sendung und viel Verständnis für Putin. Seit kurzem wird Fasbender auch als Moskau-Korrespondent von Köppels «Weltwoche» aufgeführt.

In der Corona-Pandemie spielt RT eine besondere Rolle: Während die Staatssender in Russland zum Impfen aufrufen, sät RT im Ausland Zweifel. So lässt der Sender Experten zu Wort kommen, die vom wissenschaftlichen Konsens abweichen und behaupten, die Impfung verursache Schäden an Organen.

Da ist es nicht weit zu einem weiteren gern gesehenen Schweizer Interview-Partner bei RT: zum Friedensforscher und populären Verschwörungstheoretiker Daniele Ganser. Dieser verurteilte zwar vergangene Woche auf dem Kanal die russische Aggression; er zeigte aber auch ein gewisses Verständnis dafür: «Die rote Linie Moskaus wurde überschritten.»

Thomas Knellwolf und Charlotte Walser

SCHMID